

LANDESARCHIV BERLIN

Rep.

Acc.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **407**

Abschrift.

Reichs- u. Preuss. Minister
des Innern.
VI B 11568/3014.

217
Berlin N. O., den 1. Juli 1935.

Schnellbrief.

Betrifft: Schutzhaft gegen Geistliche.

Bei mir sind verschiedene Anfragen eingegangen, ob und inwieweit mein Erlass vom 29. April 1935 - VI B 7574/3014 - durch die Anordnung des Herrn Politischen Polizeikommandeurs der Landespolizei vom 27. Mai 1935 berührt werde. Um jeden Zweifel auszuräumen, weise ich darauf hin, dass mein Erlass, unabhängig von Anordnungen anderer Stellen, nach wie vor uneingeschränkt zu beachten ist.

In Vertretung:
gez. Unterschrift.

Sehr geehrte Herren Regierungspräsidenten pp.-

Regierungspräsident.
Jp. 1001 A. 322/32.

Münch., den 20. Juni 1935.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnis und Beachtung.

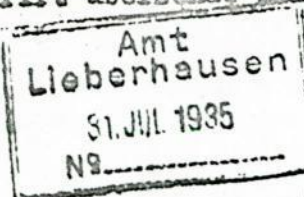
In Vertretung:
gez. Dr. Dietz von Dayer.

Sehr geehrte Herren Landräte des Bezirks pp.-

Landrat
Oberbergischen Kreises.
J. Nr. 3209a

Gummersbach, den 20. Juli 1935.

Abschrift übersende ich zur Beachtung.



gez. Pichler
Bogl.

Kreisass. a. d. R.

Sehr geehrte Herren Bürgermeister
im

Kreise.

231/735

Zehn
rel. L.

⚡

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt
Der Leiter der Unterabteilung
II 1 369/35.

Berlin, den 19. August 1935.

V e r f ü g u n g.

Betr. Schutzhaft gegen Geistliche und Mitglieder der Internationalen Bibelforschervereinigung.

In Abänderung des Erlasses vom 16. August 1935 --II 1 D - B.Nr.36282/35 Haft-Nr.L.484-- ordne ich hiermit an, daß bis weiteres Schutzhaftsachen gegen Geistliche beider Konfessionen und Mitglieder der Internationalen Bibelforschervereinigung einschließlich der amerikanischen Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft, Magdeburg, bei der Dienststelle II 1 B 1 zu bearbeiten sind. II 1 B 1 hat von jedem Schutzhaftsfall unverzüglich die Dienststelle II 1 D zum Zwecke karteimäßiger Erfassung zu unterrichten.

gez. F l e s c h.

II 1 369/35

Berlin, den 21. August 1935.

An

alle Dienststellen

im Hause.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme.

gez. F l e s c h.



Beglaubigt:

F. Fleisch
Kanzleiangeestellte.

Bl.

Abschrift.

II A -

(Stempel)

Berlin, den 26. September 1939.

In der heutigen Referentenbesprechung legte Abteilungsleiter II nochmals die Richtlinien dar, nach denen die sogenannten Kriegsdelikte zu bearbeiten sind:

a) Sonderbehandlung (Exekution):

Sonderbehandlungen werden grundsätzlich bei II A bearbeitet mit Ausnahme von Fällen, der Sonderbehandlung gegen Geistliche, Theologen und Bibelforscher, fuer die II B zuständig ist.

In der Vorlage an den Reichsfuehrer-SS soll nun nicht etwa der Bericht der Stapo(leit)stellen wortlich verwandt werden, sondern es soll eigener Stil (moeglichst Telegrammstil) zur Anwendung kommen. Der Bericht muss enthalten:

Die wirtschaftliche Lage, persoenliche Verhaeltnisse, Sachverhalt, Wuertigung.

Es ist ein Vorschlag zu machen, entweder lautend auf Exekution, oder es ist die Bitte um Weisung, was geschehen soll, auszusprechen.

Darueber hinaus sollen dem Reichsfuehrer-SS auch Faelle vorgelegt werden, die besonders gelagert sind und besondere Interesse beanspruchen, ohne dass Sonderbehandlung (Exekution) erforderlich ist. Hier kann der Zusatz gemacht werden; "Eignet sich nicht zur Sonderbehandlung."

Zur Zuständigkeit von II A gehoeren auch Sonderfaelle der Hamsterei, in denen es auch denkbar ist, dass Exekution vorgeschlagen wird.

b) Heimtuecke:

Heimtueckefaelle sind von verschiedenen Referaten zu bearbeiten, und zwar:

Vom Referat II A, sobald es sich um kommunistisch-marxistisch eingestellte Elemente handelt,

vom Referat II C bei sogenannten Reaktionären und politisch

farblosen Leuten, dazu schwarze Front.

vom Referat II B in Faellen, in denen die katholische Einstellung richtungsgebend ist (aber nicht Faelle, in denen es heisst "Marxist" und "Katholik", solche Faelle wuerden bei II A zu bearbeiten sein.)

Die Statistik ueber Heimtuecke soll nach wie vor bei II A gefuehrt werden.

c) An die Stapo(leit)stellen sollen von hier aus konkrete Anweisungen nicht gegeben werden, damit die Stapo(leit)stellen selbst Initiative entwickeln und auch die Verantwortung tragen. In allen diesen Faellen ist zurueckzuschreiben mit den Bemerken, dass in eigener Zuständigkeit zu entscheiden ist. Ausgenommen sind natuerlich die unter a) erwachten Faelle, die fuer eine Sonderbehandlung in dieser oder jener Form geeignet sind.

d) Aus der bei POI. H o e f e r gefuehrten Kartei sind alle diejenigen Faelle herauszusuchen (Heimtueckefaelle), die von den betreffenden Referaten in eigener Zuständigkeit weiterbearbeitet werden sollen.

e) Abhoeren auslaendischer Sender:

Bezuglich des Abhoerens auslaendischer Sender hat II L auf Sondervortrag entschieden, dass die Stapostellen zunachst dem Gestapo diese Faelle melden sollen, damit hier Erfahrungen gesammelt werden koennen. Das Verfahren wird also demnach sein, dass die Stapostellen entscheidet, ob der Betreffende in Schutzhaft zu nehmen ist oder nicht. Die Vorgaenge betr. Radio-Abhoerens sind hier gesondert zu sammeln. Ab 26.9. haette jeden Tag Wiedervorlage der gesammelten Faelle zu erfolgen, um festzustellen, in welchen Faellen Strafantrag durch die Stapostellen zu stellen ist. Entscheidung erfolgt durch II L.

gez. W e l l e r .

0938

0939

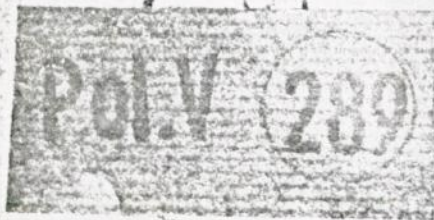
DI-14

Auswärtiges Amt
Politische Abteilung

Akten

betreffend:

Religions- u. Kirchenwesen
in Polen



von A. Brüggemann (71351939)
bis 27. 8. (41043041)

Bd. ~~2~~

fortf. Bd.

Politik

Polen

16

für die kirchlichen Angelegenheiten

Berlin W 8, den 13. Februar 1940

II 637/40

Schnellbrief

An

a) das Auswärtige Amt
in Berlin W 8(in 3 Stücken für die Politische
Abteilung, Referat Pol V und
Presseabteilung P V)b) das Reichsministerium für
Volksaufklärung und Propaganda
in Berlin W 8Betrifft: Feindhetze betreffend Polen.Auf die gefälligen Schreiben vom 29. Januar und 3. Februar
1940 - P 1334 - und die Berichte Nr. 2 - 4 vom 6./7. Februar 1940
- P. V -.

Soweit Verwaltungs- und Fürsorgemaßnahmen, die zugunsten der polnischen Bevölkerung getroffen worden sind oder ihr mindestens mittelbar zugute kommen, sich auf das Generalgouvernement beziehen, nehme ich an, daß Sie dieserhalb das erforderliche Material von dem Vertreter Ihres Amtes in Krakau, Herrn Gesandten von Wühlich, erbeten haben. Von hier bekannten ausländischen Hilfsmaßnahmen für die polnische Bevölkerung im Generalgouvernement ist die Spende des Papstes für die katholischen Polen sowie die durch Vermittlung der Quäker durchgeführte Spende des amerikanischen Roten Kreuzes zu erwähnen, die, soweit hier bekannt, beide von dem Herrn Generalgouverneur zugelassen worden sind und zur Verteilung gelangen.

Eine allgemeine Maßnahme zugunsten der polnischen Kriegsgefangenen ist in dem Ihnen schon in Abschrift zugegangenen Erlass über die Seelsorge an Kriegsgefangenen enthalten. Wenn hiernach die Seelsorge an Kriegsgefangenen auch der während des Krieges notwendigen militärischen Einschränkung und Aufsicht unterliegt, so ist sie doch grundsätzlich statthaft und in einem ordnungsmäßigen Verfahren im Rahmen der internationalen Abmachungen über die Behandlung

No. 16 Polen

Der Reichsminister
11.11.1939

lung der Kriegsgefangenen geregelt. Ich füge noch Abschnitt eines
diesbezüglichen Rundschreibens des katholischen Erzbischofs der
Wehrmachts vom 15. November 1939 zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme
bei.

Wenn die feindliche Propaganda behauptet, daß im ehemaligen
Polen alle religiösen Handlungen unterdrückt würden und insbeson-
dere Gottesdienste verboten seien, so ist dies falsch. Im General-
gouvernement sind m.W. keinerlei grundsätzliche Verbote von Gottes-
diensten usw. erlassen worden. Im Reichsgau Wartheland mußten die
Gottesdienste Sonntags auf bestimmte Stunden beschränkt werden, um
eine Kontrolle über diese Gottesdienste zu ermöglichen. Nach den
Erfahrungen der Vergangenheit wurde der polnische Gottesdienst
von den polnischen römisch-katholischen Geistlichen mit Vorliebe
zu ausgesprochen politischen Zwecken mißbraucht, sodaß die Form
des Gottesdienstes oft nur der Tarnung einer in Wirklichkeit poli-
tischen Versammlung diene.

Die Angaben der feindlichen Propaganda, die Deutschen hätten
allein aus der Diözese Kulm 620 Geistliche in Konzentrationslager
gebracht und in Danzig würden 5 000 Priester unter völlig unwürdi-
gen Umständen in Baracken festgehalten, sind ebenfalls unzutref-
fend. In der Diözese Kulm waren vor Kriegsbeginn nach Angabe des
Diözesanschematismus überhaupt nur 668 Weltgeistliche tätig. Schon
hieraus ergibt sich, daß unmöglich 620 Geistliche dieser Diözese
in Konzentrationslager geschafft worden sein können. Darüber hin-
aus hat der zum Administrator der Diözese Kulm bestellte Bischof
Splett aus Danzig hier selbst erst kürzlich mitgeteilt, daß von
diesen 668 Geistlichen noch 150 auf ihrem Posten seien; die übrigen
seien zum Teil im Laufe der Kriegswirren geflüchtet oder abgedrängt
worden; andere seien verschollen und dürften sich irgendwo auf dem
Lande oder im Ausland versteckt halten. Diejenigen Geistlichen, die
auf ihrem Posten geblieben sind und weder vor dem Kriege noch im
Kriege gegen die Deutschen in grober Weise gehetzt haben, sind un-
behelligt geblieben. Daß in Danziger Baracken nicht 5 000 Geistli-
che untergebracht worden sein können, ergibt sich schon daraus, daß
vor dem Kriege in dem ganzen in Betracht kommenden Gebiet im Höchst-
falle 3 000 katholische Geistliche tätig waren (Diözesen Kulm,
Posen-Gnesen, Leslau, Plock und Lods). Wie sich diese höchstens
3 000 Geistlichen plötzlich auf 5 000 vermehrt haben und weshalb
diese angeblich 5 000 Geistlichen ausgerechnet alle nach Danzig ge-
schafft

schafft worden sein sollen, ist für einen urteilsfähigen Leser nicht ersichtlich, scheint jedoch die feindliche Propaganda nicht im geringsten zu stören.

Von einer Enteignung von Kirchen ist hier nichts bekannt. Zu welchen Zwecken diese Kirchen, die ja im allgemeinen nur wieder als Gotteshäuser verwendet werden können, enteignet worden sein sollen, ist nicht gesagt. Auch diese Behauptung der feindlichen Propaganda scheint eine Lüge zu sein.

Zu der Behauptung, ein Bernhardiner-Kloster sei in ein Zuchthaus umgewandelt worden, ist zunächst zu bemerken, daß Name und Ort dieses Klosters wie üblich nicht angegeben sind. In einzelnen Fällen sind Klöster in den besetzten Ostgebieten dazu benutzt worden, um verdächtige Geistliche in ihnen zu internieren. Dies geschah aus besonderem Entgegenkommen, um den Geistlichen die Möglichkeit zu geben, ihre kirchlichen Pflichten in Bezug auf Messelesen usw. erfüllen und in einer kirchlichen Gemeinschaft leben zu können.

Wenn schließlich behauptet wird, das Deutsche Reich habe kirchliche Geräte und Gold aus den Kirchen gestohlen, so ist auch dies selbstverständlich eine Lüge. Die polnischen Bischöfe hatten bereits vor Beginn der deutschen Gegenaktion gegen Polen ihre Kirchenschätze in Kisten verpackt und nach dem Osten abtransportieren lassen. Dort wurden sie von der deutschen Polizei zum größten Teil aufgefunden und sichergestellt. Die zum Gottesdienst erforderlichen Gegenstände werden der Kirche zurückgegeben.

Überhaupt ist der allgemeine Eindruck, den die feindliche Propaganda zu erwecken sucht, daß nämlich religiöse Handlungen wie Gottesdienst, Taufe, Begräbnis, kirchliche Trauung usw. unmöglich seien, falsch. Im Gegenteil ist nach Errichtung des Generalgouvernements eine erhebliche Zunahme der Zahl der Kirchenbesucher festgestellt worden. Manche Gottesdienste und Begräbnisse sind allein durch die Masse ihrer Teilnehmer reine Demonstrationen gegen die Deutschen. Jeden Sonntag kann z.B. in Krakau beobachtet werden, daß die Gottesdienstbesucher bis auf die Straße hinaus stehen.

Soweit Ihre Mitteilungen die kirchlichen Verhältnisse der Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland betreffen, habe ich auszugsweise Abschriften dieser Mitteilungen den Reichsstatthaltern in Danzig und Posen mit der Bitte zugehen lassen, Ihnen unmittelbar noch weitere Unterlagen vorzulegen. -

Für

Für die Gegenpropaganda empfehle ich, durch diejenigen Stellen, welche die Weißbücher über die polnischen Greuelthaten an Volksdeutschen zusammengestellt haben, feststellen zu lassen, inwieweit polnische Geistliche oder polnische kirchliche Stellen an diesen Greuelthaten beteiligt oder dafür verantwortlich waren.

Ferner empfehle ich in der Gegenpropaganda auf die geradezu unmenschlichen Verfolgungen der orthodoxen Kirche im ehemaligen Polen hinzuweisen. Bekanntlich hat der polnische Staat in ganz großem Ausmasse orthodoxe Kirchen zerstört und gesprengt, sodaß selbst der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Lemberg, Graf Dr. Andreas Szeptecky, in einem Hirtenbrief hiergegen Einspruch erhoben hat. In diesem Zusammenhang darf ich auf die Ihnen bekannt Broschüre "In Polen nichts Neues", Herausgeber Ukrainische Aktion, Berlin 1939, Buchdruckerei Oskar Puchelt, Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 112, hinweisen. Ferner bitte ich auf die über den gleichen Gegenstand in Brüssel veröffentlichte Broschüre "L'Union des Eglises et les Persécutions polonaises en Ukraine", édité par la Fédération des émigrés ukrainiens en Europe, Imp. Breuer soc. an. - Ad. gér. L. Breuer 313, ch. d'Ixelles, Bruxelles, Bezug nehmen zu dürfen. Ein Herausstellen dieser Broschüre dürfte sich deshalb empfehlen, weil sie in dem neutralen Belgien veröffentlicht worden ist. -

Über die Verfolgung der evangelischen Kirche in Polen gibt den besten Einblick die Broschüre "Kirche, Volk und Staat in Polen", ein Bericht über die Lage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, herausgegeben durch die Evangelische Maatschappij Opgericht 1853, Vereeniging tot Verbreiding en Vertediging van het Protestantisme N.V. W. Ten Have - Amsterdam 1937. -

Mit der besonderen Bearbeitung der Feindhetze gegen Polen ist in meinem Hause der Landgerichtsrat Büchner beauftragt, der seit Anfang Oktober v.Js. im ehemaligen Polen tätig war und erst kürzlich aus Krakau zurückgekehrt ist. Für persönliche Rückfragen steht er jederzeit zur Verfügung.

Im Auftrage

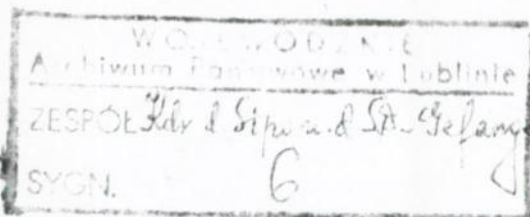
gez. Roth



Beglaubigt

[Handwritten signature]
Regierungsoffizier

[Bipartyt na kazaniach, przykazach i korespondencja do wierzni]



lit. "O - L" "

**Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
für den Distrikt Lublin.**

Aussendienststelle Lukow
B.Nr.-II 436/40

99 123
L u k o w , den 9. April 1940.

An das
Gerichtsgefängnis
in L u b l i n .

Betrifft: Röm.-kath. Priester Wiktor S o p y ł o , geb. 14.6.05
wohnhaft in Witoroz, Krs. Radzyn.
Vorgang: Ohne.

Der Obengenannte wurde hier wegen Aufforderung zum Landfriedensbruch festgenommen und wird in das dort. Gerichtsgefängnis überführt.

Der Vorgang gegen den Genannten ist dem Kommandeur der Sicherheitspolizei in Lublin überreicht worden.

Jm Auftrage:

Mahner
SS-Untersturmführer
u. Kreim.-Sekretär.

ML.

Eingeführt am 10/4.40.

E r k l ä r u n g !

Ich habe erkannt, daß die Internationale Bibelforschervereinigung eine Irrlehre verbreitet und unter den Deckmantel religiöser Betätigung lediglich staatsfeindliche Ziele verfolgt.

Ich habe mich deshalb voll und ganz von dieser Organisation abgewandt und mich auch innerlich von der Lehre dieser Sekte freigemacht.

Ich versichere hiermit, daß ich mich nie wieder für die Internationale Bibelforschervereinigung betätigen werde. Personen, die für die Irrlehre der Bibelforscher werbend an mich herantreten oder in anderer Weise ihre Einstellung als Bibelforscher bekunden, werde ich unverzüglich zur Anzeige bringen. Sollten mir Bibelforscherschriften zugesandt werden, werde ich sie umgehend beider nächsten Polizeidienststelle abgeben.

Ich will künftig die Gesetze des Staates achten und mich voll und ganz in die Volksgemeinschaft eingliedern.

Mir ist eröffnet worden, daß ich mit meiner sofortigen erneuten Inschutzhaftnahme zu rechnen habe, wenn ich meiner heut abgegebenen Erklärung zuwiderhandle.

K.L. Sachsenhausen, den.....

25. April 1940

.....Wilhelm Eckert.....
Unterschrift.

No-1653

16-1653

22/750

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
IV C 2 Allg.Nr.41 334.

Berlin, den 27. August 1941.

Vertraulich !
=====

An

- a) die Staatspolizei(leit)stellen,
- b) die Kommandeure der SichPoludSD,
- c) die Referate des Amtes IV des RSHA,
- d) das Amt V

Nachrichtlich

- an e) die Inspektoren der SichPoludSD,
- f) die Befehlshaber " "
- g) IV GSt. zur Erlaßsammlung (2 Abdrucke),
- h) Gruppe I B (12 Abdrucke).

Betrifft: Grundsätzliche Anordnung des Reichsführers-H
und Chefs der Deutschen Polizei über Fest-
nahme staatsfeindlicher Elemente nach Beginn
des Feldzuges gegen die Sowjetunion.

Auf die Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereig-
nisse hat der Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei
in Einzelfällen längere Schutzhaft und Überführung in ein
Konzentrationslager angeordnet. Von der jeweiligen Ent-
scheidung wurde den in Frage kommenden Stellen bisher zwecks
entsprechender weiterer Veranlassung Kenntnis gegeben.

Der Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei hat
nunmehr angesichts der Häufung staatsfeindlicher Betätigun-
gen und Äußerungen nach Beginn des Feldzuges gegen die
Sowjetunion die grundsätzliche Entscheidung getroffen, daß
"sämtliche ketzerischen Pfaffen, deutschfeindliche Taschechen
und Folen, sowie Kommunisten und ähnliches Gesindel grund-
sätzlich auf längere Zeit einem Konzentrationslager zuge-
führt werden sollen."

Damit diese Anordnung nicht nur auf die in üblichen
Verfahren eingereichten Schutzhaftanträge beschränkt bleibt,
sondern schon vor Einreichung von Anträgen berücksichtigt
werden kann, gebe ich von dieser Anordnung Kenntnis.

Soweit die Einleitung eines Strafverfahrens in Betracht
kommt, ist Antrag auf Disziplinierung zu stellen. Die Staats-

TK5

1
110-1653
-2-
anwaltscheften bitte ich dabei zu ersuchen, in Fällen von Gnadenerlassen, Strafaussetzungen usw. die Staatspolizei zu beteiligen.

Dieser Erlaß ist vertraulich zu behandeln und darf weder den Häftlingen noch irgendwelchen anderen Personen bekanntgegeben werden.

Der Erlaß ist für die Orts- und Kreispolizeibehörden nicht bestimmt.

In Vertretung:

Gen. M u l l e r.

Beglaubigt:

Kandidatengestelltg.

Bl.

Politisches Archiv
Auswärtiges Amt

Inland II 9

23

Akten

betreffend:

Propaganda
Hetz- und Greuelpropaganda.

vom 1937

bis 1945

Bd.

s. Bd.

Abschrift.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

IV B 1 - 2166/41

28
2 II 2334
Berlin SW.11, den 8. Oktober 1941

An

das Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda,

z.Hd. Herrn Dr. Albrecht,

Berlin W.8.

Betrifft: Greuelpropaganda in der amerikanischen Presse.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 9.9.1941 -323/41 g (2)-
Pro 2255

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 9.9.41
teile ich mit, dass in der letzten Zeit im Warthegau und
auch im Generalgouvernement keine Verhaftungen von Geist-
lichen in grösserem Masse vorgenommen wurden. Bischöfe
sind in den letzten Monaten überhaupt nicht festgesetzt
worden.

Die nach der Besetzung des ehemaligen Polen verhaf-
teten Geistlichen wurden in der Zwischenzeit abgeschoben.
Die Reutermeldungen entbehren daher jeder Grundlage.

Im Auftrag

Unterschrift.
2

83-40

9284/49.

Konzept des Sr.

Nachricht des Sr.

den 3. Dezember 1941.

e.o. D II 2334 g. B. bei G. II. 11. 11. 11.
(Verordl. P 334/41 g.)

Vor Abgang:
P. I. 11. 11. 11.
(Dr. Salfer)
z. Mitz. u. Entn.
dort. Vort.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda übersandte dem Auswärtigen Amt mit Schreiben vom 3.v.M. Abschrift des dort an das Reichspropagandaministerium gerichteten Schreibens vom 8. Oktober d. Js. - IV B 1 - 2166/41. betreffend Greuelpropaganda in der amerikanischen Presse.

Nach Abgang:
Abt. 11. 11. 11.
POL IX
E. Kts.
IV. 11. 11. 11.
AN

Zwecks entsprechender Unterrichtung der Deutschen Botschaft Washington wäre das Auswärtige Amt dankbar für Mitteilung, ob etwa im Verlaufe des vergangenen Monats im Warthegau bzw. im Generalgouvernement Verhaftungen von Geistlichen in größerem Maße vorgenommen worden sind. Gegebenenfalls könnte die Botschaft Washington den immer wieder in der Feindpropaganda verbreiteten Greuelnachrichten über Verhaftung von Geistlichen sodann entgegentreten.

den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD -Amt IV B 1 -,

In Auftrag
Sez. Pasch.

7.7.4015

Berlin SW 11,
Prinz-Albrecht-Str. 8.

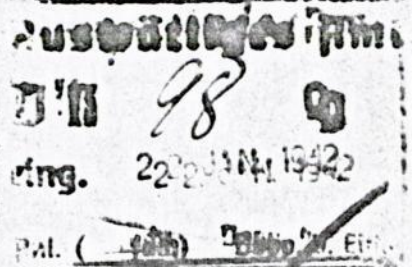
27.12.41

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. Januar 1942
Deing-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Getaoerkehr 120040 - Fernoerkehr 126421

IV B 1 - 2307/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das

Auswärtige Amt

Berlin

Betrifft: Festnahmen von Geistlichen im Warthegau.

Bezug: Dort. Schreiben vom 3.12.41 - D II 2334

Auf vorstehende Anfrage teile ich mit, dass im Reichsgau Wartheland eine grössere Anzahl poln. kath. Geistlicher aus sicherheitspolizeilichen Gründen festgenommen und einem KZ.-Lager überführt wurde.

Im Auftrage:

Wahnenburg

*4.1.42
1. Bz. 1
2. Bz. 1
3. Bz. 1
4. Bz. 1*

Schm.

7.7.4016

83-41

A. eing. 22 JAN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV 1 - 2307/41

Diese in der Nummer verzeichneten Angelegenheiten u. Sachen eingeleitet

Berlin SW 11, den 5. Januar 1942
Deutscher Reichs-Strasse 8
Telefon: 2700-40 (Sachverhalt 12 04 21)

Auswärtiges Amt
D. II 98 9
Ang. 22. 1. 1942
Bil. ()

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Betrifft: Festnahmen von Geistlichen im Warthegau.

Bezug: Dort. Schreiben vom 3.12.41 - D II 2336

Auf vorstehende Anfrage teile ich mit, dass im Reichsgau Wartheland eine grössere Anzahl poln. kath. Geistlicher aus sicherheitspolizeilichen Gründen fest genommen und einem KZ.-Lager überführt wurde.

Im Auftrage:

Wahrheitsprinzip

H. 24

W.A. eing. 22 JAN 1942

NG - 3136

1-10

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. Januar 1942

Deing-Ribrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsamt 12 00 40 Fernsuche 12 04 21

IV B 1 - 2307/41

Bitte in der Heimat vorliegendes Gefährdungs- u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt

D. II 98 9

eing. 22 JAN 1942

Pol. ()

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Betrifft: Festnahmen von Geistlichen im Warthegau.

Bezug: Dort. Schreiben vom 3.12.41 - D II 2334

Auf vorstehende Anfrage teile ich mit, dass im Reichsgau Wartheland eine grössere Anzahl poln. kath. Geistlicher aus sicherheitspolizeilichen Gründen festgenommen und einem KZ.-Lager überführt wurde.

Im Auftrage:

Nahm entp. rüst

H. 24

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page.

4

Rücksprachen selbst im Kraftwagen durchzuführen und den V.-Mann in gleicher Weise wieder irgendwo abzusetzen. Durch diese Art der Betreuung der V.-Leute lernt der Kraftfahrer des Dienstkraftwagens mit der Zeit alle bestehenden Verbindungen kennen. Der Fahrer müsste daher besonders zuverlässig sein und es wäre angezeigt, immer denselben Kraftfahrer zu nehmen. Dies lässt sich aber mit Rücksicht auf den bestehenden Mangel an Kraftfahrern nicht durchführen. Ich halte es deshalb für zweckmässig, den Krim.Ob.Sekr. Söller als Kraftfahrer auszubilden und ihn mit der Führung eines ihm ständig zugeteilten Dienstkraftwagens zu beauftragen.

Durch einen weiteren Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 4.8.41 - IV B Nr. 1016/41 g.Rs. - ist das Aufgabengebiet des bisherigen Nachrichtenreferenten für alle politischen Angelegenheiten ausserordentlich erweitert worden. Hierfür habe ich bei der hiesigen Dienststelle als Sachbearbeiter den Krim.Obersekretär Fritz R e b o h l e eingesetzt. Bei der Betreuung der V.-Männer ist das Gleiche zu beachten wie vorstehend im Falle Söller. Dem Krim.-Obersekretär Rebohle müsste ebenfalls ein besonders zuverlässiger Kraftfahrer ständig zur Verfügung stehen. Bei der hiesigen Dienststelle würden dann für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Fahrdienstes 2 Kraftfahrer ausfallen, weil sie jederzeit den beiden Beamten Söller und Rebohle zur Verfügung stehen müssten. Dies lässt sich aber nicht durchführen. Ich halte es daher ebenfalls für zweckmässig, auch Rebohle als Kraftfahrer auszubilden und ihm ständig einen Kraftwagen zuzuteilen.

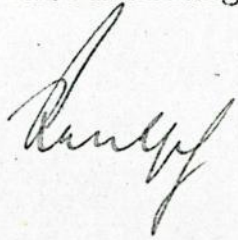
Der Fahrdienstleiter meiner Dienststelle, techn. Obersekretär a.Pr. Mörschel, ist im Besitze eines Fahrerlehnerscheins. Die Erlaubnis ist ihm am 2.7.35 vom Pol.-Präsidenten in Berlin für die Ausbildung von Fahrern in Dienste der Landespolizei erteilt worden und zwar für Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmaschinen der Kl. 1,2 u.3

- Ich -

5

Ich bitte zu genehmigen, dass Mörschel die Krim.
Obersekretäre Söller und Rebohle in der Führung von
Kraftfahrzeugen ausbilden und für diesen Zweck einen
Dienstkraftwagen der hiesigen Dienststelle verwenden
darf. Nach Abschluss der Ausbildung würde die Abnahme
der Fahrprüfung durch den Kraftfahr sachverständigen,
Major der Schutzpolizei B r a c k, in Saarbrücken er-
folgen.

Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit bitte ich
um möglichst baldige Entscheidung.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Kunze' or similar, written in a cursive style.

Th.

Wirtschafts- Verwaltungshauptamt

Amtgruppenchef D

- Konzentrationslager -

D I/1 / Az.: 14 o 9 / Ot. / U.-

Geheim Tgb.-Nr. 245 / 42.

Oranienburg, den 21. April 1942

Konzentrationslager Groß-Rosen
Kommandantur
Eingang: 22 APR 1942
Tgl. Nr.

I	II	III	IV	V	VI	VII

Betreff: Arbeitsinsatz der Geistlichen.

Besug: W.-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt Ch. 16/12.
vom 10.4.42.

Anlagen: keine

Geheim

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Da., Sah., Du., Lau., Flc., Hou., Au., Gr.-Ro., Mats.,
Hic., Stu., Arb., Rav., Kriegsgef.-Lager Lublin.

Abdruck an: Chef des Amtes D II im Hause.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat
angeordnet, daß die polnischen und litauischen Pfaffen
richtig arbeiten sollen, d.h. also zu allen Arbeiten
herangezogen werden dürfen. Die deutschen, holländischen,
norwegischen Geistlichen usw. sollen jedoch nach wie vor
nur in den Heilbrunnengärten beschäftigt werden.

Der Vollzug dieser Anordnung ist hierher zu melden.

I.V.

[Signature]
H. - Obersturmbannführer

Diktatzeichen:

D I/1 / Az.: 14 d 6 /Ot./ U.

Konzentrationslager Dachau

29. JUNI 1942

Betreff: Überstellung von Geistlichen.

Bezug: FS des Reichssicherheitshauptamtes - IV C 2
Haft-Nr. Allg. 40 131 - vom 23.6.42.

Anlagen: keine

Einschreiben.

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

B u c h e n w a l d u n d D a c h a u ,

Abdruck an: Chef des Amtes D II und D IV im Hause.

Das Reichssicherheitshauptamt hat mit dem oben angezogenen Schreiben die Überstellung der 56 im Konzentrationslager Buchenwald einsitzenden polnischen Feldgeistlichen zum Konzentrationslager Dachau angeordnet.

Die Überführung hat mittels Sammeltransport zu erfolgen.

Die bei Häftlingsüberstellungen ergangenen Bestimmungen sind zu beachten. Dem Reichssicherheitshauptamt ist die erfolgte Überstellung mit den entsprechenden Formblättern gesammelt zum Aktenzeichen IV C 2 Allg.-Nr. 40 131 zu melden. Sollten von den 56 Häftlingen bereits einige zur Entlassung gekommen sein, so ist bei der Übersendung der Formblätter im Begleitbericht anzugeben, wann der Betreffende zur Entlassung gekommen ist.

Der Vollzug dieser Anordnung ist hierher zu melden.

Der Chef des Zentralamtes

W. Weckmann
H - Obersturmbannführer

57. 7/6.

Dachau 3K, den 16. Juli 1942

I. Von den umseitigangeführten 56 Haftlingen des KL Buchenwald wurden 51 am 7.7.42 in das hiesige Lager eingeliefert.

II. Zum Sachakt: N e u z u g ä n g e .

20 VI -

54.3.25 nov - 121 04 . 211A . T J A -

Krim. Sekr.

Str.

310101

STAFF EVIDENCE ANALYSIS, Ministries Division.

By: Lucille Petterson.
Date: 8 December 1947.

Document Number:

NG-4578

Title and/or general nature:

WEIZSACKER, as instructed by RIBBENTROP, forces NUNCIO to take back a letter of the Cardinal State Secretary dealing with conditions in the Warthegau and the Government General; Carbon copy of the Cardinal's letter, which describes in some detail the effects of religious persecution in these districts.

Form of Document:

A), B) Carbon copy of note;
C) Carbon copy of letter.

Stamps and other endorsements: None.

Date:

A) 17 March 1943
B) 16 March 1943
C) 2 March 1943.

Source:

A.A., Buero des Staatssekretars, Beziehungen zum "Heiligen Stuhl" Geheime Reichssache St.S.I (62) n. 2 now "St.S.108/2 Frame 277645 Bd. 5 Januar-October 1943, Mo Hain Barracks, Berlin, FO-SD, Bldg.E.(OCC-EBT 4668 A-C).

PERSONS OR ORGANIZATIONS IMPLICATED:

WEIZSACKER
SONNLEITHNER

TO BE FILED UNDER THESE REFERENCE HEADINGS:

NG-Foreign Office
NG-Persecution of Churches

SUMMARY:

A) In a secret note to RIBBENTROP, WEIZSACKER reports that he summoned the NUNCIO in order to return to him the Cardinal State Secretary's letter of 2 March 1943. WEIZSACKER told the NUNCIO that, since the Foreign Minister was not present at the time, he had opened the letter himself and had discovered that it dealt with complaints concerning the Warthegau and the Generalgouvernement. He then reminded the NUNCIO that he had already instructed him of the policy of the Reich government to limit its relations with the church to matters concerning the old Reich (as of 1933).

The NUNCIO felt that taking back the letter would signify a personal defeat for him and would have a bad effect in Rome. He held that the letter actually did not belong in the sphere of German-Vatican relations, but rather in the comprehensive domain of the entire Catholic Church. The letter contains an indirect expression of the Pope.

WEIZSAECKER told the NUNCIO that he was not improving matters any by trying to establish a basis of level. He explained that he was simply trying to get him to take the document back quietly, so that it could be considered as non-existent, and no one would need to know about it. The Nuncio also tried to persuade WEIZSAECKER to give him a letter to accompany the document to be returned, but WEIZSAECKER refused on the grounds that this would give the return the semblance of an official act. Finally, the NUNCIO accepted the document. He spoke of other matters and concluded with a melancholy remark which might be interpreted to mean that he considered his days in Berlin to be numbered.

B) WEIZSAECKER's procedure, as outlined above, was carried out according to the exact instructions of RIBBENTROP, as this note reveals. SONNLEITHNER added a note to the effect that the Foreign Minister wished WEIZSAECKER to call, before his interview with the NUNCIO.

C) This document is a copy of Cardinal MACLIONE's 28-page letter to RIBBENTROP. The Cardinal says that he represents the Vatican "empowered by divine order to care for the religious needs of all Catholics, regardless of nationality". The Vatican is now deeply disturbed over the hindrances put in the way of free acknowledgement of religious faith and the exercise of the Catholic worship service in some of the districts under the jurisdiction of the Reich authorities. This is particularly true in the district known as the Wartheland. The following complaints are listed:

In August 1939 there were six bishops in this district. Now only one remains. Some were driven out, others are in concentration camps, etc. Every intervention on the part of the Vatican on behalf of these bishops was to no avail. Specific instances are given (KOZAL and the Bishop of Lodz).

Before the war there were more than 2,000 priests in office in this district. Of these, only a very few remain. According to reports reaching the Vatican from different sources, in the first months of the military occupation a considerable number of the lay clergy were shot or put to death in another way. Several hundred were arrested.

Numerous priests were banned or forced to flee to the Generalgouvernement, and many others were put in concentration camps. At the beginning of October, 1941, there were several hundred priests from the Warthegau interned in Dachau; but in the course of the month, as a result of a violent intensification of police measures ending in the arrest and deportation of additional hundreds of priests, the number increased considerably. In Posen there are only four priests to take care of about 200,000 Catholics.

Many seminaries and other Catholic training institutions were closed. The nuns could not continue their work without interference. A special concentration camp in Jofanowo (SCHAUZKAERT) was established for them, and about 400 were interned there about the middle of 1941. It was supposed to be a temporary measure, but it is known that several hundred are still there.

All Catholic schools were closed. Religious instruction was restricted. A number of churches could no longer hold services. Some churches were accessible only to Catholics of a certain nationality. Church services were limited to certain hours and days, by regulations of the Reich governor. Strict separation was maintained between Germans and Poles, even as far as the cemeteries were concerned. The Polish language was forbidden even in confessions. Marriage laws for Poles required a minimum age of 28 years for men and 25 years for women. Catholic organizations were practically eliminated. In the whole Warthegau, there is no Catholic press any more, nor even a Catholic book store.

Many churches were desecrated. Episcopal residences were confiscated as well as the furnishings of seminaries, monasteries, libraries, etc. Complaints of the Apostolic Delegation in Berlin concerning appropriations of church property were of no avail.

Reference is made to the regulation of 13 September 1941 concerning religious associations and the subsequent measures resulting in the loss of almost all Catholic property. Previous notes of the Apostolic Delegation were accepted by the Foreign Office with the assurance that the matter would be taken up again after the offices concerned had been consulted. No answers have been forthcoming.

In other districts there are also measures against the rights of the Church. In the territory known as the Generalgouvernement, seminary buildings were confiscated, only two institutions for preparation for priesthood were allowed for a certain time, and the others, later re-opened, were not permitted to accept any beginners. There are no bishops at all in the dioceses of Pinsk and Lublin. Bishop FULIAN of Lublin was sentenced in 1939 and sent to a town in the diocese of Tarnovia, and his assistant,

GORAL, was sent to a concentration camp in Germany. Most of the many priests who were deported were sent to concentration camps in Germany, where they are now over 1,000 in number. Appeals to release these priests were denied. The only promise made was to concentrate all of them in Dachau, where the treatment formerly actually was not so harsh. At the end of 1941, Dachau became worse. There were many announcements of deaths. The Cardinal refers also to restrictions in the church attendance of Polish civilian workers in Germany.

In conclusion, the Cardinal remarks that he hopes this memorandum, which he has been forced to make, will influence RIBBENTROP to prepare to put an end to the unhappy situation and to restore religious freedom for the Catholics in the districts mentioned above.

- END -

Berlin, den 17. Maerz 1943.

St.S.No. 167.

G e h e i m .

Ich habe den N u n t i u s heute zu mir gebeten, um ihm den Brief des Kardinalstaatssekretärs vom 2. ds. Mts. Nr. 3063 wieder zurueckzugeben.

Weisungsgemaess bemerkte ich dazu das Folgende:

Da der Herr Reichsaussenminister zur Zeit nicht zugegen sei, haette ich den Brief, den der Nuntius mir verschlossen uebergeben habe, nach seinem Weggang geoeffnet und dabei gesehen, dass es sich bei dem Inhalt dieses Briefes um das Vorbringen von Beschwerden handelt, die sich auf das Gebiet des Warthegaus und des Generalgouvernements bezoege. Der Nuntius werde sich ja nun erinnern, dass ich ihm bereits am 25. Juni v. Js., als er seinerseits Faelle, die das Generalgouvernement beruehrten, zur Sprache brachte, folgendes gesagt haette: Die Kurie habe sich in ihrer Note an die Deutsche Botschaft in Rom vom Januar 1942 auf den Standpunkt gestellt, dass sie die in Verfolg militaerischer Operationen eingetretenen territorialen Aenderungen erst dann anerkennen koenne, wenn der neue Zustand nach Beendigung der Feindseligkeiten in den Friedensvertraegen oder von dem etwa vorhandenen zustaeendigen internationalen Organismen formell anerkannt sei. Die Reichsregierung habe sich genoeetigt gesehen, aus dieser Stellungnahme auch ihrerseits die gebotenen Folgerungen zu ziehen und wuesse deshalb die Eroerterung, mit der Kurie auf Fragen beschrænken, die sich auf das Altreich bezoege, d.h. auf das Reichsgebiet wie es zur Zeit des Konkordatsabschlusses im Jahre 1939 bestand.

(Seite 1 des Originals Forts.)

Da der jetzt vorliegende Brief des Kardinalstaatssekretärs diese Mitteilung einfach ignorierte und sich wiederum ausschliesslich auf die religiösen Verhältnisse im Warthegau und im General-

(Seite 2 des Originals)

gouvernement beziehe, sahe ich mich nicht in der Lage, ihn an den Herrn Reichsaussenminister weiterzuleiten, sondern baete den Nuntius vielmehr, den Brief wieder mitzunehmen.

Der Nuntius war durch meine Eröffnungen sehr geniert, Er glaubte, die Niederannahme des Briefes wuerde fuer ihn eine persoenliche Niederlage bedeuten, die man ihm in Rom sehr uebelnehmen wuerde. Er argumentierte dann wie folgt:

Der Brief des Kardinalstaatssekretärs gehoere doch eigentlich gar nicht in das Gebiet der diplomatischen Beziehungen zwischen der Kurie und Deutschland. Er falle in die umfassendere Domaene der katholischen Kirche ueberhaupt. Wuerde er als Nuntius diesen Brief geschrieben haben, so waere die Rueckgabe an ihn nach der Kompetenzabgrenzung von vorigen Jahre begreiflich, so aber handele es sich um eine, wenn auch indirekte Aeusserung des Papstes, fuer welche das Netzwerk diplomatischer Zustaendigkeit nicht bestehe. Die Meldung nach Rom, dass der Brief seinen Adressaten gar nicht erreicht habe, werde dort natuerlich nicht gut wirken. Der Nuntius wollte also den Brief sowohl was die absendende Stelle wie auch den Empfaenger angeht, in ein hoeheres Niveau gehoben wissen, als in eine Eroerterung zwischen ihm und mir.

(Seite 2 des Originals Forts.)

Hierzu habe ich dem Nuntius gesagt, er mache den Vorgang keineswegs besser, wenn er eine solche Niveau-
steigerung versuche. So wie die Sache jetzt stehe, sei weder
die Person des Papstes beruehrt, noch auch liege ein Refus
des Herrn Reichsaussenministers vor. Was ich ihm jetzt nahe-
lege, sei nichts anderes als die stille Ruecknahme des Do-
kuments, das damit nichtexistent werde und nach aussen hin
erfahre niemand davon. Die Prozedur, die der Nuntius an-
regte, mache im Gegenteil den Fall aktenkundig.

Der Nuntius streifte dann noch den Gedanken, da
ich ihm einen Begleitbrief fuer die Rueckgabe zusage. Aber
auch hierauf habe ich ihm erwidert, dass dadurch eben ge-
rade die Rueckgabe

(Seite 3 des Originals)

zu einem offiziellen Akt werde, den ich nach Moeglichkeit
vermeiden wolle.

Schliesslich nahm der Nuntius den Brief an sich.
Er ging dann noch zu anderen Gespraechsgebieten ueber, und
verliess mich mit einer melancholischen Bemerkung, die so
gedeutet werden konnte, als glaube er, dass seine Tage
in Berlin gezaeht seien.

Hiermit

dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. Woizsaecker.

Berlin, den 17. Maerz 1943.

St.S.No. 167.

G e h e i m .

Ich habe den N u n t i u s heute zu mir geboten, um ihm den Brief des Kardinalstaatssekretärs vom 2. ds. Mts. Nr. 3063 wieder zurueckzugeben.

Weisungsgemaess bemerkte ich dazu das Folgende:

Da der Herr Reichsaussenminister zur Zeit nicht zugegen sei, haette ich den Brief, den der Nuntius mir verschlossen uebergeben habe, nach seinem Weggang geoeffnet und dabei gesehen, dass es sich bei dem Inhalt dieses Briefes um das Vorbringen von Beschwerden handelt, die sich auf das Gebiet des Warthegaus und des Generalgouvernements bezogen. Der Nuntius werde sich ja nun erinnern, dass ich ihm bereits am 25. Juni v. Js., als er seinerseits Faelle, die das Generalgouvernement beruehrten, zur Sprache brachte, folgendes gesagt haette: Die Kurie habe sich in ihrer Note an die Deutsche Botschaft in Rom vom Januar 1942 auf den Standpunkt gestellt, dass sie die in Verfolg militaerischer Operationen eingetretenen territorialen Aenderungen erst dann anerkennen koenne, wenn der neue Zustand nach Beendigung der Feindseligkeiten in den Friedensvertraegen oder von dem etwa vorhandenen zustaeendigen internationalen Organismen formell anerkannt sei. Die Reichsregierung habe sich genoeetigt gesehen, aus dieser Stellungnahme auch ihrerseits die gebotenen Folgerungen zu ziehen und musse deshalb die Eroerterung, mit der Kurie auf Fragen beschraenken, die sich auf das Altreich bezogen, d. h. auf das Reichsgebiet wie es zur Zeit des Konkordatsabschlusses im Jahre 1939 bestand.

(Seite 1 des Originals Forts.)

Da der jetzt vorliegende Brief des Kardinalstaatssekretärs diese Mitteilung einfach ignorierte und sich wiederum ausschliesslich auf die religiösen Verhältnisse im Warthegau und im General-

(Seite 2 des Originals)

gouvernement beziehe, sahe ich mich nicht in der Lage, ihn an den Herrn Reichsaussenminister weiterzuleiten, sondern baete den Nuntius vielmehr, den Brief wieder mitzunehmen.

Der Nuntius war durch meine Eröffnungen sehr geniert. Er glaubte, die Niederannahme des Briefes wuerde fuer ihn eine persoenliche Niederlage bedeuten, die man ihm in Rom sehr uebelnehmen wuerde. Er argumentierte dann wie folgt:

Der Brief des Kardinalstaatssekretärs gehoere doch eigentlich gar nicht in das Gebiet der diplomatischen Beziehungen zwischen der Kurie und Deutschland. Er falle in die umfassendere Domäne der katholischen Kirche ueberhaupt. Wuerde er als Nuntius diesen Brief geschrieben haben, so waere die Rueckgabe an ihn nach der Kompetenzabgrenzung von vorigen Jahre begreiflich, so aber handele es sich um eine, wenn auch indirekte Aeusserung des Papstes, fuer welche das Netzwerk diplomatischer Zustaendigkeit nicht bestehe. Die Meldung nach Rom, dass der Brief seinen Adressaten gar nicht erreicht habe, werde dort natuerlich nicht gut wirken. Der Nuntius wollte also den Brief sowohl was die absendende Stelle wie auch den Empfaenger angeht, in ein hoeheres Niveau gehoben wissen, als in eine Eroerterung zwischen ihm und mir.

(Seite 2 des Originals Forts.)

Hierzu habe ich dem Nuntius gesagt, er mache den Vorgang keineswegs besser, wenn er eine solche Niveau-
steigerung versuche. So wie die Sache jetzt stehe, sei, weder
die Person des Papstes beruehrt, noch auch liege ein Refus
des Herrn Reichsaussenministers vor. Was ich ihm jetzt nahe-
lege, sei nichts anderes als die stille Ruecknahme des Do-
kuments, das damit nichtexistent werde und nach aussen hin
erfahre niemand davon. Die Prozedur, die der Nuntius an-
rege, mache im Gegenteil den Fall aktenkundig.

Der Nuntius streifte dann noch den Gedanken, da
ich ihm einen Begeleitbrief fuer die Rueckgabe zusage. Aber
auch hierauf habe ich ihm erwidert, dass dadurch eben ge-
rade die Rueckgabe

(Seite 3 des Originals)

zu einem offiziellen Akt werde, den ich nach Moeglichkeit
vermeiden wolle.

Schliesslich nahm der Nuntius den Brief an sich.
Er ging dann noch zu anderen Gespraechsgebieten ueber, und
verliess mich mit einer melancholischen Bemerkung, die so
gedeutet werden konnte, als glaube er, dass seine Tage
in Berlin gezaehlt seien.

Hiermit

dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. Woizsaecker.

Auszug
aus einer Verfügungssammlung der Gestapo-Einstellungsstelle
Düsseldorf.

Berlin, den 4. Mai 1943

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
IV C 2 Allg. Nr. 42/156

Vertraulich!

An

a) alle Staatspolizei-Einstellungsstellen

pp.

Betrifft: Vereinfachung im Schutzhaftverfahren.

Bezug: Erlasse des Reichsministers des Innern vom
25. 1. 1938 — Pol. S—V 1 Nr. 70/37—179 g und
vom 4. 10. 1939 — Pol. S. I V 1 Nr. 100/39—179 g

Der RFSSu.ChdDtPol hat gemäß meinem Vorschlag zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung für die Dauer des Krieges eine Verlagerung der Schutzhaftanordnung und Einweisung in die KL für sämtliche polnischen Häftlinge genehmigt.

I.

Auf Grund dieser Ermächtigung übertrage ich hiermit ab 15. 5. 1943 die Anordnung der Schutzhaft und Einweisung in die KL für sämtliche polnischen Häftlinge den nachstehend aufgeführten Stellen in eigener Zuständigkeit:

Staatspolizei-Einstellungsstellen,
Kommandeuren der Sipo u. d. SD und
Befehlshabern,
soweit letztere unmittelbar damit befaßt sind.

Ausgenommen hiervon bleiben Schutzhaftanordnungen gegen

Angehörige des deutschen Volkstums,
Angehörige des Hochadels,
bedeutende Wirtschaftsführer,
politische und geistige Führer,
ehemalige höhere Offiziere,
Angehörige des höheren Klerus (vom Bischof an aufwärts),
ferner solche in besonders gelagerten Fällen.

Für die vorgen. Gruppen ist nach wie vor die Anordnung der Schutzhaft beim RSHA wie bisher zu beantragen.

Polnische Zivilarbeiter, die mit deutschen Frauen geschlechtlich verkehrt haben, sind nach ihrer rassischen Musterung bei Nichteindeutschungsfähigkeit in ein KL als Facharbeiter, bei Eindeutschungsfähigkeit in das SS-Sonderlager Hinzert einzuweisen. Unabhängig hiervon ist an das RSHA wie üblich zu berichten. Falls Exekution in Betracht kommt, ist vorläufig Schutzhaft anzuordnen und auch in Zweifelsfällen umgehend die Entscheidung beim RSHA zu beantragen.

Die Richtlinien der im Bezug gen. Erlasse, und zwar

Erlaß des Reichsministers des Innern vom 25. 1. 1938 — Pol S—V 1
Nr. 70/37—179 g, betr. Schutzhaft,

Erlaß des Reichsministers des Innern vom 4. 10. 1939 — Pol S—IV 1

Nr. 100/39—179 g, betr. Verlängerung der Frist für vorläufige Festnahmen im Schutzhaftverfahren, und

mein Erlaß vom 14. 1. 1941 IV C 2 allg. Nr. 40 467, betr. Vernehmung der Schutzhäftlinge,

sind genauestens zu beachten.

Ich mache die Leiter der betreffenden Dienststellen persönlich dafür verantwortlich, daß die ihnen hiermit gegebene Ermächtigung nicht mißbraucht wird.

Die Schutzhaftbefehle-Vordruck G. St. Nr. 101 a sind bei Anordnung in eigener Zuständigkeit mit dem Kopf „Geheime Staatspolizei, Staatspolizei-Einstellungsstelle“ bzw. „Kommandeur“ bzw. „Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD“ auszufertigen. Sie sind ausschließlich vom Leiter der Dienststelle oder bei Abwesenheit von dessen Vertreter zu unterzeichnen.

II.

Die Einweisungen haben unter Angabe der Lagerstufe in das nächstgelegene Einweisungslager der entsprechenden Stufe zu erfolgen. Nur Geistliche sind ausnahmslos in das KL Dachau einzuweisen. Bei größeren Transporten ist im Interesse des Arbeitseinsatzes und der Unterbringung vorher beim Lager Rückfrage zu halten, das ggf. noch bis Entscheidung des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, Amtsgruppe D, Konzentrationslager, einzuholen hat.

Eine Abschrift des Schutzhaftbefehls, ein Überweisungsvordruck (G. St. Nr. 103) sowie kurzer Bericht zur Unterrichtung des Lagerkommandanten sind dem Transport mitzugeben bzw. dem KL zu übersenden.

Die Überführungsvordrucke alten Formats sind auf der Rückseite so zu ändern, daß ihre Rückleitung nicht an das RSHA, sondern an die Einweisungsstelle erfolgt. Bei den neuen Überweisungsvordrucken ist der 3. Abschnitt sogleich abzutrennen und zu vernichten.

Alle Schutzhäftlinge sind vor ihrer Einweisung auf ihre Haft-, Lager- und Arbeitsfähigkeit sowie auf den Verdacht ansteckender Krankheiten — weibliche Schutzhäftlinge auch auf das evtl. Bestehen einer Schwangerschaft — amtsärztlich zu untersuchen.

III.

Damit das RSHA auch künftig über alle gegen Polen getroffenen Schutzhaftmaßnahmen unterrichtet ist, um ggf. hier eingehende Eingaben bearbeiten bzw. evtl. Berichtsanforderungen nachkommen zu können, ist regelmäßig bei jeder Schutzhaftanordnung eine IP-Karte (G. St. Nr. 14) bzw. Kartelergänzung (G. St. Nr. 292) zu den vorgeschriebenen Terminen 1., 9., 16. und 23. eines jeden Monats) an das RSHA — IV C 1 — (Hauptkartei) — sowie eine Schutzhaftkarteikarte (G. St. 50) an das RSHA — IV C 2 — einzureichen. Die Schutzhaftkarteikarte ist — soweit vorgeschrieben — vollständig auszufüllen. Außerdem ist in der oberen rechten Spalte stets das Datum der Festnahme zu vermerken. Sofern sogleich die Einweisung in ein KL verfügt wird, ist der Verbleib des Häftlings auf der Rückseite anzugeben. In besonders gelagerten Fällen ist auch der Grund der Festnahme auf der Rückseite noch näher zu erläutern.

Beim RSHA eingehende Gesuche werden, soweit nicht Berichtsanforderung notwendig ist, unter Hinweis auf den Erlaß des RSHA vom 12. 6. 1941 — IV C 2 Allg. Nr. 40 480 — betr. Behandlung von Eingaben, Entlassungsgesuchen usw. für Schutzhäftlinge, zuständigkeitshalber abzugeben.

IV.

Die Schutzhaft ist grundsätzlich in einem KL zu vollstrecken. Entlassungen polnischer Häftlinge aus dem KL finden während des Krieges nicht statt.

Sofern jedoch in besonders gelagerten Fällen eine Entlassung von polnischen Schutzhäftlingen aus einem KL erfolgen soll, ist in jedem Einzelfall ein besonders begründeter Antrag beim RSHA einzuholen. Hierbei sind die Schutzhaftvorgänge, die in jedem Falle zurückgesandt werden, und in der Regel ein Führungsbericht des KL beizufügen.

V.

Statistische Meldungen sind jeweils zum 5. eines jeden Monats, erstmalig am 5. 6. 1943, nach folgendem Muster einzureichen. Der Termin ist genauestens einzuhalten.

1. Zahl der in eigener Zuständigkeit erfolgten Schutzhaftanordnungen (nicht vorläufige Festnahmen):
darunter a) politische Vergehen:
 b) wirtschaftsschädigendes Verhalten
 c) Geschlechtsverkehr
2. Von der Gesamtzahl zu 1. ist die Einweisung in Konzentrationslager angeordnet worden:
(Hierbei sind die Lager einzeln aufzuführen.)
Fehlanzeige ist erforderlich.

VI.

Die z. Z. hier noch bestehenden Einzelvorgänge werden ab 15. 5. 1943 abgeschlossen und den Pers.-Akten verfügt.

Die sonst allgemein gültigen Vorschriften im Schutzhaftverfahren, insbesondere auch hinsichtlich der Haftprüfung und der Sprecherlaubnis, bleiben unverändert in Kraft. Ebenso bleiben die Bestimmungen über das Meldeverfahren bei Todesfällen unberührt.

Dieser Erlaß ist für die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

gez. Dr. Kaltenbrunner.

45

Schäfts-Verwaltungshauptamt
Untergroupenchef D
Konzentrationslager-
I/1 As.: 14 c 9/06/e.
H. 320/44.

Oranienburg, den 16. März 1944.

Betrifft: Geistliche in den Konzentrationslagern.
Bezug: Anordnung des Hauptamtschefs.
Inlagen: - / -

Geheim

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Au. I - III, Bu., Da., Flo., Gro.Ro., Herz., Mau., Nats.,
Hou., Rav., Sch. und Stu.

Der Hauptamtschef $\frac{1}{2}$ -Obergruppenführer und General der "affen-
" o h l hat grundsätzlich verboten, daß Geistliche zu irgend-
welchen Schreibarbeiten herangezogen werden.

Einsatz von Geistlichen als Schreibkraft im Schutzhaftlager, bei
der Kommandantur oder auf irgendeiner anderen $\frac{1}{2}$ -Dienststelle
($\frac{1}{2}$ -Betriebe, Besoldungsstelle, Lagerverwaltung, Politische
Abteilung, Poststelle, Standesamt, Krankenbau, Krematorium usw.
darf keinesfalls erfolgen.

Geistliche die bisher mit Arbeiten, wie vorstehend beschrieben,
beschäftigt waren, sind sofort abzulösen.

Vollzug ist mir bis 1.4.44 zu melden.

$\frac{1}{2}$ -Gruppenführer und
Generalleutnant der Waffen-SS

49

From Hungary alone between 19 March 1944 and 1 August 1944 more than four hundred thousand Jews were put in wagons and dispatched to extermination camps.

2605-PS, affidavit of Dr. Rudolph Kastner, former President of the Hungarian Zionist Organization, 13 September 1945.

3. Religious.

a. The Nazi Party and the State carried on an extensive campaign against religion. Religious leaders were sent to concentration camps to leave a free hand to the Nazi conspirators to carry out their political schemes. Commanders of various concentration camps were instructed that members of the clergy are to be used for any type of work, except clergymen of Nordic nationalities who are to be given easier tasks. This order was sent to the camp commanders of various camps, among others: Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald, Mauthausen, Flossenburg, Neuengamme, Auschwitz, Gross Rosen, Natzweiler, Norderhagen, Stutthof. It is indicated by this list that the confinement of clergymen in concentration camps was a general practice.

2188-PS, order of the chief of Department D of the SS Economic and Administrative Office, 21 April 1942.

According to a Czechoslovak Catholic priest confined in concentration camp of Dachau, 2,540 priests were processed there.

2428-PS, affidavit of Rev. Frederick Hoffman, 18 May 1945, p. 3.

Many Catholic priests were sent to concentration camps because they had been intellectual leaders in their community. Polish priests were in concentration camps in large numbers.

2429-PS, testimony of Rev. Marion Dabrowski and Rev. Leo Michalowski.

50

b. A directive signed by Heydrich ordered the immediate suppression of certain religious societies and the internment in concentration camps of all persons connected therewith. Severest measures were ordered against Christian Scientists.

D-59, directive signed by Heydrich, Chief of Sipo and SD, 9 June 1944.

c. "Bibelforschers" (Bible research workers) formed a special group of prisoners in concentration camps. General orders had been issued by Gestapo Headquarters to subordinate police offices to place Bibelforschers in protective custody and transfer them to concentration camps.

Such orders were issued since the early years of the Nazi regime. The Berlin Gestapo states that the order to arrest Bibelforschers and place them in protective custody and concentration camps was in agreement with the Reich Ministry of Justice.

D-84, orders against Bibelforschers.

- a. From Gestapo Hq. Berlin to all State Police Headquarters, 5 August 1937.
- b. From Gestapo Hq. Dusseldorf to subordinate headquarters, 27 April 1939

4. Criminal - "Preventive Custody"

Under the German Criminal Code, Section 42e (law of 24 November 1933) courts were empowered to sentence habitual criminals to indefinite terms in "Strafgefangenenlager" (penitentiary camps). Furthermore by the decrees of the Prussian Prime Minister of 15 November 1933 (II C. II. 31 No. 336/33) and of 10 February 1934 (II. C. II 32 No. 27/34) dangerous habitual criminals who had not necessarily committed new crimes could be taken into "Vorbeugende Polizeihaft" (preventive police custody). Many of these criminals were transferred to concentration camps.

Forschungsstelle

DOCUMENT NO. N O - 1234
OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Abt. Gruppe D
- Konzentrationslager -

Orenienburg, den 28. Okt. 1944

D I/1.12.14 c 9/2.13.

Betrifft: Geistliche in den Konzentrationslagern

Bezug: Reichssicherheitshauptamt - IV a 6 b - allg.Nr.
4-257 v. 16.10.44

Anlage: -/-

ELISCHREIBEN

An die
Kommandanten der ZL
Au.I, Au.II, Au.III, Bu., K., Flo., Gr.-No., Mau., Mi., Nat.,
Neu., Rev., Sch., Stu., A. J. Bergen-Belsen.

Durch die verschiedenen Einweisungen von Geistlichen ueber die
Dienststellen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD ist
es erneut erforderlich, diese Haeftlinge des Konzentrationslager
Dachau zu ueberstellen.

Ich ordne daher an, dass alle im dortigen Lager einsitzenden
Geistlichen baldmoeglichst dem Konzentrationslager Dachau
- Abteilung fuer Geistliche - ueberstellt werden.

Von dieser Ueberstellung sind ausgenommen:

- a) die Geistlichen, fuer die vom Reichssicherheitshauptamt be-
sondere Anweisungen erlassen sind,
- b) die Geistlichen, die unter den WM-Erlass fallen.

Die Geistlichen zu b) sind - wie alle uebrigen Haeftlinge - zu
behandeln und daher im Schutzhaftlagerrapport nicht mehr als
solche aufzufuehren.

DOCUMENT NO. N O - 1234 CERT'D

Dem Reichssicherheitshauptamt ist zur Vervollständigung der Akten in jedem Einzelfall Mitteilung zu geben.

Die Überprüfung selbst ist anlässlich einer grösseren Haftlingsüberstellung zum Kons.-Lager Dachau durchzuführen.

Der Chef des Amtes D I

gez. Unterschrift

SS-Obersturmbannführer

Stempel:

Waffen-SS

Kommandantur Kgl.-Natzweiler/Els.
Eingang: 6. Nov. 1944
Zeichen

A CERTIFIED TRUE COPY

- 2 -
(End)

SSS
LOISE PAGE

Heim NS 4 Na 1 vmt. Y

VIII 161 e 18 10 2-1-8-
8011249

Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Oranienburg, den 28. Oktober 1944.

Abt. Gruppe D

- Konzentrationslager -

D I/1 Az.: 14 u 9/D./S.-

Betrifft: Geistliche in den Konzentrationslagern.

Besorg: Reichssicherheitshauptamt - IV A 5 b - Allg.Hr.
44192 v. 16.10.44.

Anlagen: -/-

Einschreiben.

An die

Kommandanten der KL

Au.I., Au.II., Au.III., Bu., Da., Flo., Gr.-Ro., Hau., Mi., Natz.,
Neu., Rav., Sah., Stu., A.L. Bergen-Belsen.

Durch die verschiedenen Einweisungen von Geistlichen über die Dienststellen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD ist es erneut erforderlich, diese Häftlinge dem Konzentrationslager Dachau zu überstellen.

Ich ordne daher an, daß alle im dortigen Lager einsitzenden Geistlichen baldmöglichst dem Konzentrationslager Dachau - Abteilung für Geistliche - überstellt werden.

Von dieser Überstellung sind ausgenommen:

- a) die Geistlichen, die vom Reichssicherheitshauptamt besondere Anweisungen erlassen sind,
- b) die Geistlichen, die unter den NK-Erlaß fallen,

Die Geistlichen zu b) sind - wie alle übrigen Häftlinge - zu behandeln und daher im Schutzhaftlagerreport nicht mehr als solche aufzuführen.

Dem Reichssicherheitshauptamt ist zur Vervollständigung der Akten in jedem Einzelfall Mitteilung zu geben.

Die Überführung selbst ist anlässlich einer größeren Häftlingsüberstellung zum Konz.-Lager Dachau durchzuführen.

Waffen-44

Kommandantur K. L. - Natzweiler/Els.

Eingang: - 6. NOV. 1944

I	II	III	IV

Der Chef des Amtes D I

H-Obersturmbannführer

an J-8-29

SSS
Leute page

VIII

161 e 18 10
8011249

NO-1234

Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Oranienburg, den 28. Oktober 1944.

Amt: D

- Konzentrationslager -

D I/12: 14 b 9/11.16.

Bearbeiter: Geistliche in den Konzentrationslagern.

Besuch: Reichssicherheitshauptamt - IV A 6 - Allg. Nr. 4157 v. 16.10.44.

Anlagen: -/-

Einführen.

An die

Kommandanten der KL

Au. I, Au. II, Au. III, B., D., Fl., Gr.-R., H., M., N.,
N., R., S., St., u. d. Bergen-Belsen.

Durch die verschiedenen Anweisungen von Geistlichen über die Dienststellen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD ist es erneut erforderlich, diese Häftlinge dem Konzentrationslager Dachau zu überstellen.

Ich erlaube daher an, daß alle im dortigen Lager einsitzenden Geistlichen baldmöglichst dem Konzentrationslager Dachau - Abteilung für Geistliche - überstellt werden.

Von dieser Überstellung sind ausgenommen:

- a) die Geistlichen, die von Reichssicherheitshauptamt besondere Anweisungen erlassen sind.
- b) die Geistlichen, die unter den NK-Kreis fallen.

Die Geistlichen zu b) sind - wie alle übrigen Häftlinge - zu behandeln und daher im Schutzhaftlagereckpunkt nicht mehr als solche aufzuführen.

Dem Reichssicherheitshauptamt ist zur Vervollständigung der Akten in jedem Einzelfall Mitteilung zu geben.

Die Überführung selbst ist unbeschäftigt einer größeren Häftlingsüberstellung zum Konz.-Lager Dachau durchzuführen.

Der Chef des Amtes D 1

Waffen-4			
Kommandant K. L. - Metzger/Fl.			
Datum: - 6. NOV. 1944			
I	II	III	IV
✓	✓	✓	✓

A-Obersturmbannführer

9231

2.

3

SSS
Karte PageVIII 161 e 18 10
8911249

A. Reichsgerichts-Versicherungshauptamt

Oranienburg, den 28. Oktober 1944.

Amtsgruppe D

- - Konzentrationslager - -

D I/1249 14 b 2/10/8.-

Betreffend Geistliche in den Konzentrationslagern.

Befehl Reichssicherheitshauptamt - IV A 5 b - Allg. Nr. 44182 v. 16.10.44.

Anlagen: -/-

Eingetreiben.

An die

Kommandanten der KL

Au. I., Au. II., Au. III., St., Dst., Flot., Gr.-Rt., Bau., St., Platz.,
Gen., Div., Loh., Stu., a. L. Bergen-Belsen.

Durch die verschiedenen Einreichungen von Geistlichen über die Dienststellen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD ist es erneut erforderlich, diese Häftlinge dem Konzentrationslager Dachau zu überstellen.

Ich ordne daher an, daß alle im dortigen Lager einsitzenden Geistlichen baldmöglichst dem Konzentrationslager Dachau - Abteilung für Geistliche - überstellt werden.

Von dieser Überstellung sind ausgenommen:

a) die Geistlichen, die von Reichssicherheitshauptamt besondere Anweisungen erhalten haben,

b) die Geistlichen, die unter den III-Listen fallen,

Die Geistlichen zu b) wird - wie alle übrigen Häftlinge - zu behandeln und daher in Schutzhaftlagerungsrapport nicht mehr als solche aufzuführen.

Dem Reichssicherheitshauptamt ist zur Vervollständigung der Akten in jedem Einzelfall Mitteilung zu geben.

Die Überstellung selbst ist baldmöglichst einer größeren Häftlingsüberstellung zum Konz.-Lager Dachau durchzuführen.

Waffen-ff				
Kommandant K. L. - Nitzsche/Elz				
Datum: - 6. NOV. 1944				
I	II	III	IV	
1	1	1	1	

Der Chef des Amtes D I

A-Obersturmbannführer

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Dez. 1944 4
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostansche 12 00 40 - Fernschreiber 12 64 21

IV A 4 a - K - 1063/40 a. m. 5707/44 ⁴

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von SS-Sturmbannführer K o l r e p

in B e r l i n

Am Karlsbad 3-4.

Betr.: a.) Weihbischof Michael K o z a l , geb. 25.9.93 in Nowy-Folwark, polnischer Staatsangehöriger, zuletzt wohnhaft gewesen in Leslau.-

b.) Weihbischof Wladislaw G o r a l , geb. 1.5.98 in Stoezek, polnischer Staatsangehöriger, zuletzt wohnhaft gewesen in Lublin.

Bezug: Dort. Schreiben vom 4. Nov. 1944 - Inl. II B 3709.

Auf die dortige Anfrage vom 4. Nov. 1944 teile ich mit, daß K o z a l im Okt. 1939 vom Selbstschutz des Regierungsbezirkes Hohensalza festgenommen und zunächst im Kloster Lond interniert worden ist. Wegen seiner chauvinistischen und fanatisch deutschfeindlichen Einstellung wurde er am 15.2.41 in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen. Dort ist er am 26.1.1943 an Typhus verstorben.

G o r a l wurde am 25.11.1939 anlässlich der Durchsuchung des Priesterseminars in Lublin festgenommen und wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Waffenbesitz vom 12.9.39 und gegen die Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 31.10.1939 zum Tode verurteilt.

Auf Befehl des Reichsführers-SS wurde das Todesurteil nicht vollstreckt. Goral wurde am 4.12.39 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingewiesen, wo er sich heute noch befindet.)

Im Auftrage:

-Wo-